

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

39. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 09.01.2020
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:05 Uhr
Ort, Raum:	BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne	
Herr Tilo Siewer	Grüne	
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD	
Herr Daniel Schwarz	SPD	
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE	
Frau Petra Schrader	DIE LINKE	
Herr Dimitri Golodni	CDU	
Herr Clemens Torno	AfD	
Frau Josephine Dietzsch	FDP	
Herr Michael Konrad	Gruppe der Piraten	
Frau Heidemarie Depil	JHA BD	
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA stellv. BD	
Herr Johannes Lesse	SPD	Vertretung für: Frau Nathalie Wedlat
Herr Sascha Mase		Vertretung für: Frau Andrea Lang
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin	
Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser		
Frau Asra El-Mohamad	JHA beratendes Mitglied	
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände	
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Integrationsausschuss	

Sitzungsleitung: Herr Siewer (Vorsitzender)

Protokoll: Frau Ersek (BVV-Büro)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO

Frau Goral (BA Mitte, Jug AL) informiert den Jugendhilfeausschuss (JHA) über den Tod eines 11-jährigen Kindes, das in einer Pflegeeinrichtung untergebracht war, im Zuständigkeitsbereich des Jugendamts Mitte. Es sei noch nicht geklärt, ob es sich um einen

Unfall oder einen Suizid handle. In den Sozialen Medien gebe es diesbezügliche Kampagnen.

Auf Anregung des Jugendamtes und mit einstimmiger Zustimmung des JHA wird der heutigen Sitzung ein nicht-öffentlicher Teil als TOP angefügt, in dem Näheres zum Fall besprochen werde.

Die Tagesordnung wird ansonsten wie vorliegend behandelt.

zu 2 Genehmigung der Protokolle

zu 2.1 zur 35. Sitzung am 30.09.2019

Die Genehmigung des Protokolls wird vertagt.

zu 2.2 zur 36. Sitzung am 25.10.2019

Die Genehmigung des Protokolls wird vertagt.

zu 2.3 zur 37. Sitzung am 07.11.2019

Die Genehmigung des Protokolls wird vertagt.

zu 2.4 zur 38. Sitzung am 05.12.2019

Die Genehmigung des Protokolls wird vertagt.

zu 3 Mitteilungen

zu 3.1 des JHA-Vorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

zu 3.2 des Bezirksamtes

Ergänzend zu den vorab schriftlich übersandten Mitteilungen teilt Frau Reiser mit, dass die Gründung der AG Bildungsmonitoring am 27.01.2020 in der Zeit von 17:30 Uhr bis 19:30 Uhr im Raum 121 stattfinden wird. Eine Einladung werde folgen. Die Mitglieder des Schulausschusses seien ebenfalls herzlich willkommen.

Sie informiert, dass der Handlungsleitfaden zur Zusammenarbeit zwischen dem RSD und den Schulen nun auch digital auf der Webseite des Jugendamtes zur Verfügung stehe.

Link:

<https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/jugendamt/projekte-und-kooperationen/bezirkliches-rahmenkonzept/Kooperation> Schule-Jugendhilfe-Weiterbildung und Kultur im Bezirk Mitte

„Jara“ am Aktionsraum Alexanderplatz

Bezüglich des Jugendtreffs „Jara“ am Aktionsraum am Alexanderplatz berichtet Frau BzStRätin Reiser, dass die Genehmigung des Container-Standortes mit der U-Bahnbaustelle gekoppelt gewesen sei. Aus diesem Grund müsse der Container zum 31.03.2020 an dieser Stelle abgebaut werden. Infrage komme ein Aufbau wenige Meter weiter in Richtung Karl-Liebknecht-Straße, der aber noch mit Herrn BzStR Gothe geklärt werden müsse. Das Bezirksamt strebt intensiv die nahtlose Weiterführung des Projekts an.

Der JHA fasst eine Stellungnahme zur Bekräftigung der nahtlosen Weiterführung des Projekts, adressiert an das Bezirksamt.

Dem Formulierungsvorschlag des Vorsitzenden wird einstimmig zugestimmt.

Juhbis-Liste zu den Ansätzen und IST-Ausgaben 2010-2019

Die Liste wird den Ausschusmitgliedern als Tischvorlage ausgehändigt und im Nachgang zur Sitzung übersandt. Es wird gebeten, die Fragen per E-Mail zu stellen.

zu 4 Berichterstattung aus den AG'en 78

AG Beteiligung, Frau Homann

Frau Homann berichtete aus dem Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung über die Aufstockung der bezirklichen Jugendjury. Aus dem Programm Jugend-Demokratiefonds des Landes Berlin bekommt der Bezirk in 2020 zusätzlich 5.000,- €. Damit erhöht sich auch der Kofinanzierungsanteil des Bezirks von 2.000,- € auf 2.500,- €. Dies ist gesichert, so dass für das Jugendjuryprojekt insgesamt 27.500,- € zur Verfügung stehen. Davon werden 18.000,- an Kinder- und Jugendgruppen für Projektideen weitergegeben.

Antrag der AG Kiezplenum/Sparrplatz

Zum Antrag der AG Kiezplenum/Sparrplatz informiert das Bezirksamt, dass mit der ausgehändigten Tischvorlage die Berücksichtigung seitens des Jugendamts nachvollzogen werden können. Eine Beratung dazu sollte auf die nächste Sitzung verschoben werden. Der Vorsitzende stimmt dem Verfahren zu.

zu 5 Entwurf IBV Erholungsreisen

Frau BzStRätin Reiser verweist auf die beiden vorab übersandten Entwürfe zum Interessenbekundungsverfahren (IBV) zur Durchführung zentralveranstalteter Erholungsreisen sowie zur Förderrichtlinie für die Erholungsreisen der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen.

Herr Beckmann erläutert, dass das IBV spätestens Beginn kommender Woche starten sollte, mit einer Frist zum Ende des Monats, um die Förderung in den früh beginnenden Sommerferien einsetzen zu können.

Er bittet den JHA, die Vorlage heute abzustimmen.

Der Auswahlvorschlag werde dem JHA am 12.02.2020 vorgestellt.

Der Entwurf zu den Förderrichtlinien werde am 23.01.2020 mit der AG Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit intensiver besprochen. Anmerkungen können bis zum 31.01.2020 an das Jugendamt übersandt werden.

Herr Wichert (AG Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit) nennt drei Themenfelder, die besprochen werden: Die Erstattung für evtl. anfallende Materialkosten (z.B. Zelt), die Nennung unkomplizierter Orte sowie ein Budget für evtl. Paten.

Das Ergebnis dieser Sitzung sowie der vorangehenden im November 2019 werde dem JHA zur Verfügung gestellt.

Herr Beckmann informiert, dass mit der Einstellung der Mittel in den Bezirkshaushalt eine Einnahmenvorgabe des Bezirks verbunden sei, die erzielt werden müsse. Der Eigenanteil der Teilnehmer betrage 10% der individuellen Reisekosten.

Die optimale Größe einer Gruppe liege bei 24-30 Teilnehmern. Es sei möglich, dass ein Träger mehrere Gruppen anmelde.

Herr BV Kociolek von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen regt an, den Klimaschutz zu berücksichtigen, so zum Beispiel möglichst auf Flüge zu verzichten.

Es wird gebeten, Anregungen und Formulierungsvorschläge schriftlich an die AG Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit zu senden.

Dem JHA werden am 12.02.2020 zwei Beschlussvorlagen vorgelegt:

- Trägerauswahl aus dem IBV
- Förderrichtlinien

Der Vorsitzende meldet einen Beratungsbedarf an.

An der Abstimmung zum Entwurf „IBV Erholungsreisen“ nimmt Herr Lesse nicht teil, da er geäußert habe, eventuell betroffen zu sein.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Entwurf einstimmig zu (Ja- Stimmen der Fraktionen Bü'90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der FDP sowie der Bürgerdeputierten, keine Nein-Stimmen, keine Enthaltungen).

zu 6 Haushalt – zusätzliche Mittel für die Jugendhilfe

Den Ausschussmitgliedern liegt eine Tabelle der Landesmittel vor, die den bezirklichen Jugendämtern zur Verfügung stehen.

Die Präsentation werde dem Ausschuss im Nachgang zur Verfügung gestellt.

Frau Goral (BA Mitte, Jug AL) erläutert die jeweiligen Posten der Tabelle und werde die Informationen dem JHA schriftlich nachreichen.

Zur bezirklichen Aufteilung der Mittel, die noch ausstehen, können zum heutigen Tag noch nicht berichtet werden. Das Konzept zu den finanzierbaren Angebotsformen stehe erst seit Beginn dieser Woche und werde in der kommenden Sitzung des JHA vorgestellt.

Mit der IT-Stelle werde noch geklärt, ob auf das Programm SOPAT, das auf die Team-Laptops gespielt werde, bei Hausbesuchen direkt zugegriffen werden könne, oder ob dieses offline lediglich einen „eingefrorenen“ Datenstand abbilde.

Die Stadtteilmütter können nach zukünftig fest angestellt werden. Eine Vertreterin der Diakonie Bethania schildert die Umsetzungsmöglichkeiten im Bezirk Mitte.

Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE weist darauf hin, dass die zusätzlichen Mittel aus dem Landeshaushalt nicht zur Reduzierung der Mittel im bezirklichen Haushalt verwendet werden dürfen.

zu 7 Sachstand BTHG

Frau Goral (BA Mitte, Jug AL) weist darauf hin, dass es sich heute um einen Auftaktbericht handle und es weitere Berichte zu diesem Thema geben werde.

Das neue Gesetz löse die Teilhabe benachteiligter Menschen aus der bisherigen Sozialhilfe nach dem SGB XII los. Es betone die Haltung innerhalb der Gesellschaft neu und passe sehr gut zum KJHG. Kinder, Jugendliche und deren Familien sollen die Hilfen aus einer Hand erhalten.

Die Erläuterungen zu den Regelungen, die dem Ausschuss mithilfe von Folien präsentiert werden, werden im Nachgang zur Verfügung gestellt.

Das Jugendamt Mitte sehe sich vor den Herausforderungen, den barrierefreien Zugang sowie den optimalen Personalschlüssel umzusetzen. Die fachlich inhaltlichen Ziele werden bereits umgesetzt oder werden konzeptionell angepasst. Zu den Anpassungen können noch keine Ergebnisse berichtet werden, da sie sie derzeit noch in der Erprobung befinden. Eine Evaluation finde statt.

Auf Nachfrage von Frau Depil (BüDep) wird erläutert, dass das Jugendamt in Fällen, in denen andere Leistungsträger vorrangig seien, die Leistungen übernehme und sich erstatten lasse, sofern die rechtzeitige Antragstellung beim Dritten nicht geklärt war. Das Eingangsmanagement erfolge in den bisherigen Strukturen, werde bei Bedarf aber verändert.

Die ersten Auswertungen werden im März erfolgen, sodass im April oder Mai 2020 weiter dazu berichtet werden könne.

zu 8 Jahresplanung 2020

Die Vorschläge des Jugendamts Mitte liegen vor.

Aus dem Ausschuss werden die Vorschläge aufgenommen. Das Jugendamt werde einen neuen Vorschlag erstellen und übersenden.

Die Abstimmung erfolge in der Sitzung am 12.12.2020.

zu 9 Aktuelle Viertelstunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

zu 10 Beratung von Drucksachen

zu 10.1 Spielplätze evaluieren und bauen

Drucksache: 1955/V

Da die Fraktion der SPD den Änderungsantrag zurückgezogen habe, werde der Ursprungsantrag der Fraktion der FDP beraten. Der Antragstext wird auf Basis der Anmerkungen während der Beratung geändert.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV einstimmig die Annahme des geänderten Textes (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bü90/ Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der AfD, 1 Ja-Stimme der Fraktion der FDP, 4 Ja-Stimmen der BüDep, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 10.2 Wer duale Ausbildung sucht, soll sie auch erhalten!

Drucksache: 2232/V

Frau Depil (BüDep) weist darauf hin, dass die Jugendlichen begleitende Hilfen für die Ausbildung benötigen.

Frau Goral (BA Mitte, Jug AL) empfiehlt, den Beschluss auf die Landesebene weiterzuleiten.

Frau BV Schrader von der einbringenden Fraktion DIE LINKE weist darauf hin, dass die Einrichtung des Runden Tisches die Ursachen des Missmatches und die daraus abzuleitenden Bedarfe ermittelt und Lösungsmöglichkeiten initiiert.

Frau Schauer-Oldenburg (BüDep) berichtet von einem erfolgreichen Gespräch zwischen einer Schule und einem Betrieb, der dazu führte, dass Defizite identifiziert und die Einstellungsquoten verbessert worden seien.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV einstimmig die Annahme des geänderten Textes (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bü90/ Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der AfD, 1 Ja-Stimme der Fraktion der FDP, 4 Ja-Stimmen der BüDep, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 10.3 Jugendberufshilfe im Bezirk - Angebote für junge Schulpflichtige ausbauen und inklusiv weiterentwickeln

Drucksache: 2240/V

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV einstimmig die Annahme des Antrages (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bü90/ Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der AfD, 1 Ja-Stimme der Fraktion der FDP, 4 Ja-Stimmen der BüDep, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 11 Verschiedenes

Frau Schauer-Oldenburg (BüDep) bezieht sich auf einen Bericht in der Sitzung im Dezember 2019 zum Thema Schulgeld und die diesbezügliche Thematisierung in den Fraktionen. Frau BV Schrader von der Fraktion DIE LINKE informiert, dass es einen Antrag gebe, der von der BVV in einen Fachausschuss überwiesen worden sei. Weiteres werde bilateral geklärt.

Anschließend tagt der Ausschuss nichtöffentlich.

gez.
T. Siewer
Vorsitzender

Ersek
BVV 100